Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 55 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 122 | Montag, den 26. Mai 1924 | 19. Jahrgang

Was die Kommunisten in Potsdam beabsichtigt hatten.

Berlin, 24. Mai. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Der Abteilung 1a war schon seit einiger Zeit bekannt, daß terroristische kommunistische Elemente bei Störung von Veranstaltungen anders gerichteter Vereinigungen und Verbände sich nicht nur auf ihre Knüppelgarden stützen, sondern in Zukunft zu schärferen Maßnahmen greifen wollten, vermutlich durch Anwendung von Sprengstoffen.

Es wurden deshalb durch die Abteilung 1a die verdächtigen Sammelpunkte, wie Schanklokale usw. dieser terroristischen Elemente einer strengen Ueberwachung unterzogen und hierbei ermittelt, daß voraussichtlich für den 24. Mai d. J. bei Gelegenheit der Weihe des Denkmals zum Andenken der Gefallenen des Regiments der Garde du Corps in Potsdam ein

Anschlag auf die Festversammlung

geplant werde. Dank der ununterbrochenen Beobachtung der als Sammelpunkt in Frage kommenden Oertlichkeit konnte ein auffälliger Verkehr ortsfremder Elemente im Vorpark von Sanssouci am Friedenstein bei Potsdam festgestellt werden. Insbesondere wurde ein Mann beobachtet, der offensichtlich unter seinem Mantel verschiedene Gegenstände verborgen hielt. In diesem Augenblick griffen die Beamten der Abteilung 1a in engster Zusammenarbeit mit der Potsdamer Kriminalpolizei zu und es zeigte sich, daß dieser Mann unter seinem Mantel drei Eierhandgranaten, drei Bomben, die aus Aluminiumfeldflaschen mit Sprengladung und Aufschlagzünder bestehen, bei sich führte. Ferner hatte er eine Parabellumpistole mit Magazin für 32 Schuß bei sich. Er gab zu, der Korrespondent der Stettiner Volkswacht, Walter Zeutschel, zu sein und in Hamburg zu wohnen. Die fernere Beobachtung des erwähnten Ortes in Potsdam führte zur Festnahme von weiteren acht Personen, die sämtlich mit einem neuen Pharusplan von Potsdam ausgerüstet waren und nach ihrem Eingeständnis Anweisung hatten, sich an diesem Orte zum Empfang von Sprengbomben einzufinden. Inzwischen war es auch gelungen, das Lager festzustellen und auszuheben, aus dem die Attentäter versorgt werden sollten. Dieses Lager befand sich bei dem Kaufmann Wilhelm Sommerfeld in Potsdam und enthielt: 6 Bomben in Feldflaschen von 1½ Liter Inhalt, 16 Bomben in Feldflaschen von 1 Liter Inhalt, 5 Eierhandgranaten, 13 gefüllte Magazine für Parabellumpistolen, 195 Schuß und 4 Parabellumpistolen 9 Millimeter. Mit Sommerfeld zugleich wurde auch seine Frau und ein Freund Sommerfelds, der Kaufmann Georg Dahn, in Potsdam wohnhaft, sistiert. Sämtliche festgenommenen 12 Personen sind dem Polizeipräsidium Berlin zugeführt und werden von der Abteilung 1a einem eingehendem Verhör unterzogen, das voraussichtlich auf die Spur der Drahtzieher dieses kommunistischen Anschlags führen wird. Weitere Festnahmen sind noch zu erwarten.

Kampfansage der Sozialdemokratie.

Berlin, 25. Mai. Wie man erfährt, haben gestern abend Vertreter der Sozialdemokratie dem bisherigen Reichskanzler Marx erklärt, daß sie eine nach rechts orientierte bürgerliche Regierungskoalition mit den schärfsten parlamentarischen Mitteln bekämpfen würden. In der Bildung einer Regierung unter Führung der Deutschnationalen erblicke die Sozialdemokratie eine „nicht tragbare Belastung" der Außenpolitik.

Infolge dieses Vorstoßes der Sozialdemokratie sieht man in Berliner parlamentarischen Kreisen die Lage wieder etwas pessimistisch an und befürchtet, daß die latente Regierungskrisis fortdauern wird wie beim alten Reichstag.

Der Ruhrstreik.

Forderungen der Arbeitnehmer.

Essen, 24. Mai. Ueber die Forderungen der Bergarbeiterverbände bei den gestrigen erfolglosen Einigungsverhandlungen wird von Arbeitgeberseite mitgeteilt, daß die Bergarbeiterverbände auch heute noch die verkürzte Arbeitszeit mit allem Nachdruck fordern, obwohl durch Gutachten der Arbeitsrechtsachverständigen festgestellt worden ist, daß für die Zeit ab 1. Mai 1924 für den Ruhrbergbau als Arbeitszeit unter Tage lediglich die Achtstundenschicht in Frage kommen kann. Die Bergarbeiterverbände wollen sich zur Leistung der Achtstundenschicht unter Tage nur unter der Bedingung bereit erklärt haben, daß der bisher für die Achtstundenschicht gezahlte Lohn für die Siebenstundenschicht zugrunde gelegt wird, daß ihnen außerdem für die einstündige und im Tagebetrieb zweistündige Mehrarbeit der tarifliche Ueberarbeitszuschlag gezahlt wird und daß schließlich die sich hieraus ergebenden, die 15prozentige Lohnerhöhung für den Monat einschließenden Löhne noch eine Steigerung um weitere 10 Prozent erfahren. Bei Verwirklichung der Forderungen der Verbände wird sich ein tatsächlicher durchschnittlicher Hauergesamtlohn von 8,93 Mark ergeben gegenüber einem Hauerdurchschnittslohn von 6,40 Mark im ersten Halbjahr 1914 bei 8½stündiger Schicht. Die geforderten Löhne, so heißt es, seien bei der scharfen Konkurrenz und der Belastung durch die Micumverträge für den Kohlenbergbau eine glatte Unmöglichkeit.

Die Betriebsräte für schärfsten Kampf.

Gelsenkirchen, 24. Mai. Die heutige Konferenz der Betriebsräte für das Ruhrgebiet, die in Bochum tagt, nahm nach einem Referat des kommunistischen Abgeordneten Sobottka Stellung zu dem gegenwärtigen Kampf der Ruhrbergarbeiterschaft. Die Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen sind, zeigten ein Festhalten an den aufgestellten Forderungen und eine scharfe Einstellung gegenüber allen Versuchen, die dahin gehen könnten, durch Kompromisse den Kampf zu beenden. Es wurde beschlossen, den Kampf in der schärfsten Form durchzuführen. Am kommenden Dienstag sollen in den fünf großen Zechen des Ruhrgebietes, in Gelsenkirchen, Dortmund, Mülheim, Duisburg und Buer Massendemonstrationen der Ruhrbergarbeiterschaft nach vorangegangenen Belegschaftsversammlungen stattfinden. Die Stillegung der Betriebe soll mit allen Kräften beschleunigt werden.

Die Besatzungsbehörden greifen in den Ruhrstreik ein.

Köln, 25. Mai. Der Ruhrbergarbeiterstreik hat zu einem neuen Eingreifen der Besatzungsbehörden geführt. Den Stadtgemeinden des Ruhrgebietes wurde aufgetragen, die Versorgung der Kasernen und der Wohnungen der Beamten mit Gas und Elektrizität sicherzustellen, andernfalls der Betrieb der Werke in Verwaltung der alliierten Regie genommen werde.

In Köln haben die Fabriken nur noch für wenige Tage Kohlen, da alle Kohlen im Rheinhafen beschlagnahmt sind. In Krefeld zeigen die Spinnereien die Schließung ihrer Betriebe für Montag an.

Wildwest in Essen.

Essen, 23. Mai. Vergangene Nacht wurden in die Wache des 18. Polizeireviers in Stoppenberg von mehreren Tätern zwei Revolverschüsse abgefeuert und darauf zwei Handgranaten geworfen. Die erste Handgranate durchschlug das Fenster und fiel in die Mitte des Zimmers ohne zu explodieren, die zweite prallte am Fensterpfosten ab und explodierte auf dem Bürgersteig. Personen wurden nicht verletzt. Sämtliche Fensterscheiben des Hauses wurden zertrümmert. Der Ueberfall auf die Polizeiwache sollte jedenfalls dazu dienen, die Aufmerksamkeit der Polizei vom katholischen Krankenhaus in Stoppenberg abzulenken, aus dem zur Zeit der Explosion der Bergmann Kleiber entwichen ist, der sich vor vier Wochen beim Ausprobieren selbst gefertigter Handgranaten verletzt hatte.

* * *

Eine Aufsehen erregende Verhaftung.

Köln, 25. Mai. Am Mittwoch nachmittag ist hier Ministerialrat Schneider, der Stellvertreter des Regierungspräsidenten, von der britischen Militärpolizei verhaftet worden. Die Gründe der Verhaftung sind noch nicht völlig geklärt.

Auf keinen Fall trifft die Behauptung des „Echo du Rhin" zu, daß Ministerialrat Schneider an der Herstellung und dem Vertrieb von falschem Regiegeld beteiligt war. Diese Behauptung beruht auf der Aussage einer durchaus unglaubwürdigen Person. Ministerialrat Schneider hat von den Vorgängen überhaupt erst erfahren, als die der Falschmünzerei beschuldigten Personen bereits im Gefängnis waren. Es steht zu hoffen, daß Ministerialrat Schneider schon in allernächster Zeit wieder freigelassen wird.

Millerand soll zurücktreten.

Paris, 24. Mai. „Oeuvre" fordert heute in ganz besonders energischer Weise nochmals den Rücktritt des Präsidenten Millerand. Wie die übrigen Blätter der Linken, spielt das Blatt auf die von Millerand ehemals verfaßten politischen Artikel an, in denen er seinen Vorgänger zur Niederlegung der Präsidentschaft aufforderte, nachdem die Neuwahlen eine Mehrheit gegen die damalige Regierung ergeben hatten. Millerand schrieb damals: „Wird man die Wahlen im Elysee verstehen? Die Lektion, die durch das allgemeine Stimmrecht erzielt worden ist, ist sicherlich klar genug." Und diesen Satz setzt das „Oeuvre" an die Spitze seines heutigen Leitartikels. De Jouvenel meint, die Beschlüsse der Sozialisten, sowie der radikalsozialistischen Partei, ebenso wie die der republikanisch-sozialistischen Partei, sei in der Präsidentenfrage nicht zweifelhaft, und die Ueberzeugung der Kammermehrheit werde das am 3. Juni bei der Neuwahl des Kammerpräsidenten zum ersten Male zu beweisen haben. Wenn Millerand seine Besprechungen über die Regierungsbildung offiziell beginne, so werde er den Senatspräsidenten und den neuen Präsidenten der Kammer zu sich rufen, und diese Unterhaltung kann entscheidend sein, wenn die Wahl des Kammerpräsidenten das ergibt, was man erhofft.

Die Linksparteien übernehmen an und für sich in dieser Zeit eine riesige Verantwortung. Von ihrem Erfolg oder Nichterfolg hängt die Zukunft des ganzen Landes ab. Sie sind also durchaus berechtigt, bei einer derartigen Gelegenheit alle Maßregeln zu ergreifen und zum mindesten zu verlangen, daß das Oberhaupt des Staates sie nicht verrate. Man hat, so schreibt de Jouvenel, die Bedingungen vergessen, unter denen Millerand die Verhandlungen, die Briand seinerzeit in Cannes geführt hat, zum Scheitern brachte. Man würde es schlecht verstehen, wenn nach derartigen Erfahrungen ein Ministerpräsident sich dazu herbeiließe, unter ständigen Drohungen zu regieren.

Im übrigen meint „Oeuvre", sei es Sache Millerands, die Krise zu verkürzen. Auf der einen Seite steht ein Mann, auf der anderen Seite aber die Mehrheit des Landes. Es sei kein Grund vorhanden, daß die Mehrheit nachgebe unter dem Vorwand, daß man keine Zeit zu verlieren habe und daß der Mann, der auf der anderen Seite steht, so tue, als wenn er es nicht höre. Der „Quotidien" und die „Ere Nouvelle" erneuern die Angriffe gegen Millerand im Zusammenhang mit der Frankenkrise. (Das Sinken des Franken setzt sich nämlich weiter fort.) „Ere Nouvelle" spricht davon, daß die ganze Frankenstützungsaktion, die von dem Kabinett Poincare unternommen worden war, lediglich eine Wahlmache gewesen sei. Der Abgeordnete Barthee weist dabei darauf hin, daß die französische Regierung selbst heute genötigt ist, Devisen aufzukaufen, um die Befriedigung ihrer Gläubiger sicherzustellen.

Poincares „letzter Wille".

Der Inhalt des Briefes an Macdonald.

Paris, 24. Mai. Das „Echo de Paris" glaubt in der Lage zu sein, eine genauere Inhaltsangabe des letzten Briefes Poincares an Macdonald zu geben. Dieser Brief, so führt das Blatt aus, habe besonderes Interesse dadurch, daß der französische Ministerpräsident „zum letzten Male" die Bedingungen formuliert habe, unter denen er seine Zustimmung zu dem Sachverständigengutachten gegeben habe — Bedingungen, unter denen er die Erhaltung der notwendigen französisch-englischen Entente sieht. Poincare habe diese Bedingungen folgendermaßen in seinem Brief formuliert:

1. Die Ruhrbesetzung soll erst dann aufhören, wenn Deutschland die Durchführung des Sachverständigengutachtens begonnen habe.

2. Die Sanktionen, die für den Fall der Nichterfüllung Deutschlands angewendet werden sollen, müssen festgelegt werden.

3. Hinsichtlich der Regie der Eisenbahnen wird in dem Briefe vom 14. Mai die Einsetzung des Organisationsausschusses durch die Sachverständigen geprüft.

In diesem Zusammenhang fügt Poincare noch hinzu, daß er, wenn er sich nach Chequers begeben hätte, nicht verfehlt haben würde, mit seinen englischen Kollegen über die wichtige Frage der französischen Sicherheit zu sprechen.

Bolschewistische Freiheit.

Die „Prawda" entnimmt einem Bericht Stutschkas über die Tätigkeit des Obersten Gerichtshofes der russischen Sowjetrepublik einige bedeutsame Daten. Danach gelangten vor das Kassationskollegium des Obersten Gerichtshofes während der ersten elf Monate seines Bestehens 716 Prozesse mit 1339 Todesurteilen. Bei 663 Personen wurde das Todesurteil bestätigt. In 225 Fällen lag Auflehnung gegen die bestehende Staatsordnung vor, in 23 Fällen handelte es sich um Amtsvergehen, die gleiche Anzahl weisen die Defraudationen auf, während auf militärische Vergehen nur 21 Todesurteile entfallen. Der weitaus größte Prozentsatz bezieht sich auf Räuber- und Bandenunwesen, 721 Fälle. Alle die ungezählten Morde, die man direkt als „Hausmittel der Tscheka" bezeichnen darf, sind hier natürlich nicht mitgezählt. Bei der Durchsicht der Sowjetpresse zeigt es sich übrigens, daß die Zahl der Todesurteile in letzter Zeit in starker Zunahme begriffen ist.

SLUB
Wir führen Wissen.